

Autor: Herwartz, Christoph/ Herwartz, Christoph
Seite: 001 bis 005

Nummer: 245
Auflage: 44.803 (gedruckt)¹ 132.740 (verkauft)¹
 147.111 (verbreitet)¹

Ressort: Thema des Tages

Reichweite: 0,595 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 3/2022

² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

EU verschärft Klimaschutz

Der Ausstoß von CO₂ wird innerhalb der EU in den nächsten Jahren deutlich teurer. Ein neuer Klimazoll soll die Industrie vor Nachteilen schützen.

EU-Parlament, - Mitgliedsländer und - Kommission haben sich in der Nacht zu Sonntag auf eine Reform des Emissionshandels geeinigt. Dadurch wird der Ausstoß von Klimagasen wie Kohlenstoffdioxid (CO₂) für Unternehmen und Verbraucher künftig deutlich teurer. Erreicht wird das, indem die Zahl der Verschmutzungsrechte verknüpft und über die nächsten Jahre stärker als bislang vorgesehen abgeschmolzen wird. Die europäische Industrie ist so gezwungen, in saubere Technologien zu investieren. Insbesondere die Stahl- und Aluminiumindustrie, die bislang von frei zugeteilten Zertifikaten profitiert, soll künftig mehr zahlen.

Um die europäische Industrie vor Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen, führt die EU auf CO₂-intensive Importe auch eine neue Abgabe ein – eigentlich eine gute Nachricht für die Wirtschaft. Doch es sei viel zu unklar, ob dieser CO₂-Grenzausgleich funktioniert, sagte Axel Eggert, Direktor des europäischen Stahlverbands Eurofer. „Das bedeutet große Unsicherheit für die Industrie.“ Deshalb bräuchten die Unternehmen direkte Unterstützung von der Politik.

Bis 2030 will die EU 55 Prozent weniger CO₂ ausstoßen als 2005. Durch die jetzt beschlossene Reform des Emissionshandels und weitere Gesetze aus dem Klimaschutzpaket scheinen nun sogar 60 Prozent möglich. Auch kleine Unternehmen und Verbraucher sollen künftig CO₂-Abgaben auf Benzin, Diesel, Heizöl und Gas bezahlen. In Deutschland gibt es ein solches System bereits, die Europäer ziehen nun nach. Die deutsche Bundesregierung scheint sich noch nicht einig zu sein, wie sie den in der Nacht zum Sonntag verhandelten Deal bewertet. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sprach von

einem „Durchbruch für den Klimaschutz“, der die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sichere.

Verhandler berichten dagegen von mehreren Interventionen aus dem Bundeskanzleramt, das bis zuletzt nicht einverstanden mit den gefundenen Kompromissen gewesen sei. Dass Deutschland dem Deal zustimmen werde, sei daher unsicher, so die Teilnehmer der Runde in Brüssel. Ohne die deutsche Stimme wäre eine Mehrheit im Rat der Europäischen Union unsicher.

Die Deutschen hatten unter anderem darauf gedrängt, die Stahlindustrie erst nach einer längeren Übergangsphase voll für ihren CO₂-Ausstoß bezahlen zu lassen. Die Branche selbst reagierte allerdings zumindest teilweise erleichtert: „Der Kompromiss ist für die Stahlindustrie deutlich besser als der ursprüngliche Vorschlag“, sagte Eggert dem Handelsblatt. Entscheidend sei, dass die Einnahmen aus dem Emissionshandel den Investitionen in der Branche zugutekommen und bald ausreichende Mengen an erneuerbarem Strom und Wasserstoff verfügbar seien.

Klimaschützer kritisierten den Kompromiss als unzureichend. „Die EU-Gesetzgeber haben eine Gelegenheit verpasst, die EU auf den richtigen Weg zu bringen“, sagte Klaus Röhrig vom Climate Action Network. Damit die EU ihren Anteil beitrage, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, sei deutlich mehr notwendig, so die Organisation.

Im Emissionshandel muss für jede Tonne CO₂, die irgendwo entsteht, ein Zertifikat gekauft werden. Von Jahr zu Jahr sinkt die Zahl der ausgegebenen Zertifikate, darum steigt ihr Preis. In der Fachsprache wird der Emissionshandel als „ETS“ (für „Emission Trading System“) bezeichnet. Dieses System wird nun reformiert und nochmals spürbar verschärft. Die wichtigsten Neue-

rungen, auf die sich EU-Parlament und EU-Staaten unter Vermittlung der EU-Kommission verständigt haben, im Überblick: Privatleute und kleine Unternehmen müssen zahlen Auch auf Benzin und Diesel sowie auf Heizöl und Gas wird künftig ein CO₂-Preis erhoben. Dieser Preis soll niedriger sein als jener, der in der Industrie gezahlt wird, nämlich bis 2030 nicht mehr als 45 Euro pro Tonne. Damit würde Diesel um rund zehn Cent pro Liter teurer werden. Die Rede ist von einem „ETS 2“. Für deutsche Verbraucher ändert sich wenig: Hierzulande gilt bereits ein CO₂-Preis, der künftig in das europäische System überführt werden soll.

Betroffen sind auch kleine Betriebe, die vom bisherigen Emissionshandel ausgenommen sind. Relevante Kosten entstehen vor allem für solche, die für ihre Produktion Wärme benötigen, etwa Bäckereien oder andere Handwerksbetriebe. Für kleine deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb ist die Einführung eine gute Nachricht: Sie mindert den Nachteil, den sie gegenüber der Konkurrenz haben. Der deutsche CO₂-Preis wird allerdings etwas oberhalb des europäischen Preises liegen. Vermieden wurden komplizierte Kompromisslösungen, bei denen Brennstoffe für verschiedene Zwecke unterschiedlich behandelt worden wären.

Sozialfonds unterstützt die Transformation Die Belastungen bedürftiger Verbraucher will die EU durch einen Klima-Sozialfonds abfedern, durch den sich die energetische Sanierung von Sozialbauten und die Anschaffung effizienter Heizungen fördern lassen. Dieser Fonds soll über die Jahre 2026 bis 2032 mit 86,7 Milliarden Euro gefüllt werden. Die Einnahmen dafür stammen vor allem aus dem ETS 2 und aus den nationalen Haushalten.

Auf die Industrie kommen hohe Kosten

zu Ziel des Emissionshandels ist es, den Klimaschaden zu reduzieren. Damit dies schneller geschieht, werden die CO₂ - Zertifikate deutlich schneller verknappt, als es bislang vorgesehen war. Bis zum Jahr 2030 dürfen die betroffenen Branchen nur noch 62 Prozent der Menge CO₂ ausstoßen, die im Jahr 2005 emittiert wurde. Dies wird erreicht, indem 117 Millionen Zertifikate gestrichen werden und die Zahl ausgegebener Zertifikate jährlich um 4,3 und später um 4,4 Prozent reduziert wird. Der Preis des CO₂ - Ausstoßes wird dadurch steigen und die Umrüstung auf saubere Technologien sich schneller rechnen.

Einige Branchen profitieren bislang davon, dass sie CO₂ - Ausstoßrechte frei zugeteilt bekommen. Diese Zuteilungen sollen für die meisten Branchen über die kommenden Jahre deutlich reduziert werden und bis 2034 auslaufen. Das wird vor allem die Kosten für Stahl und Aluminium deutlich erhöhen. Die wichtigsten Bereiche der Chemierbranche und auch die Hersteller von Keramik, Papier und Glas bekommen vorerst weiterhin kostenlos Emissionszertifikate zugeteilt. Bis 2030 soll es ein Konzept geben, wie auch sie für die von ihnen verursachten Klimagas zahlen müssen.

CO₂ - Preis für Importe Auch wer Waren im Ausland produziert und dann nach Europa verkauft, soll einen CO₂ - Preis zahlen. Dies betrifft genau jene Güter, für die die freien Zuteilungen in der EU wegfallen: Stahl, Aluminium, Dünger, Zement, Strom und Wasserstoff. Die Höhe dieses CO₂ - Grenzausgleichs soll den Kosten der Emissionszertifikate in der EU entsprechen. In der Fachsprache heißt das Instrument „Cbam“ (für „Carbon Border Adjustment Mechanism“).

Ziel sind ein fairer Wettbewerb innerhalb der EU und ein Verhindern von „Carbon Leakage“, also der Abwan-

derung CO₂ - intensiver Industrie ins Ausland. Die europäische Wirtschaft fürchtet durch die Reform dennoch Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischen Konkurrenten. Wenn etwa ein europäisches und ein türkisches Unternehmen Stahl in die USA liefern, muss das türkische Unternehmen keine CO₂ - Zertifikate kaufen, das europäische aber sehr wohl. Die europäischen Stahl- und Aluminiumhersteller forderten deshalb weiterhin eine freie Zuteilung von CO₂ - Zertifikaten für Exporte.

Diese Forderung wird nicht erfüllt, weil sie wahrscheinlich dem Recht der Welt Handelsorganisation (WTO) widerspricht. Stattdessen sollen die betroffenen Branchen nun besonders intensiv mit staatlichem Geld bei ihren Investitionen in saubere Technologien unterstützt werden. Die Mittel dafür kommen aus dem Emissionshandel.

Zufrieden ist die Wirtschaft mit dieser Lösung nicht: „Es bleibt abzuwarten, ob die vorgeschlagene Maßnahme zur Unterstützung der Exportsektoren wirksam sein wird“, sagte Markus Beyrer, Direktor von Business Europe, dem Handelsblatt. „Diese Unsicherheit verschlechtert das Investitionsklima für europäische Unternehmen, die bereits mit rekordverdächtigen Energiepreisen und Inflation zu kämpfen haben.“ Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, sagte, das Ergebnis sei insgesamt nicht ausreichend: „Insbesondere die fehlende Lösung für Exporte führt zu Planungsunsicherheit für die Industrie in der Transformation.“ Obwohl die EU auf Exportsubventionen verzichtete, haben Handelspartner wie die USA bereits klargemacht, den neuen EU-Grenzausgleich als unfreundlichen Akt zu betrachten. Denn ihre Unternehmen müssten künftig bei Importen in den USA den neuen Grenzausgleich zahlen. Manche Beobachter halten Klagen vor

der WTO gegen das Instrument für wahrscheinlich.

Internationaler Schiffsverkehr wird einbezogen Die Emissionen von Schiffen, die an europäischen Häfen anlegen, müssen künftig ebenfalls über Emissionszertifikate abgedeckt werden. Dies wird Im- und Exporte teurer machen und Reedern einen Anreiz bieten, vom sehr klimaschädlichen Schiffsdiesel auf saubere Antriebe umzurüsten. Hafenstädte versprechen sich davon auch eine bessere Luftqualität. Christoph Herwardt ▶ Leitartikel Seite 16

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Es ist unklar, ob der CO₂ - Grenzausgleich funktioniert.

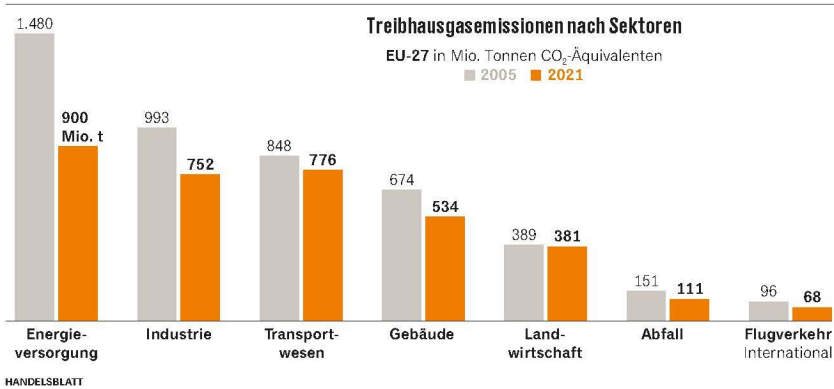
Axel Eggert Eurofer-Direktor.

Insbesondere die fehlende Lösung für Exporte führt zu Planungsunsicherheit für die Industrie in der Transformation. Hans Jürgen Kerkhoff Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

Die wichtigsten Fakten 1Die EU zwingt die Industrie durch eine Verknappung von Emissionszertifikaten zu Einsparungen von Treibhausgasen. Betroffen sind vor allem die Hersteller von Stahl und Aluminium.

2Um die Industrie vor Konkurrenz zu schützen, müssen künftig auch Importeure CO₂ - Abgaben auf energieintensive Waren bezahlen. Dieses Instrument ist weltweit das erste seiner Art. Die Industrie kritisiert es als unzureichend, andere Länder sehen darin WTO-widrigen Protektionismus.

3Privatleute und kleine Betriebe müssen künftig ebenfalls mehr zahlen, weil für Benzin, Diesel, Heizöl und Gas zusätzliche Abgaben fällig werden. In Deutschland gibt es diese bereits.



Handelsblatt Nr. 245 vom 19.12.2022
 © Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
 Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Europa: Treibhausgasemissionen nach Sektoren EU-27 2005, 2021, Klimazoll statt kostenloser CO₂-Ausstoß 2025 bis 2034 (MAR/ UMW / Grafik)

Wörter: 1432

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2022: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2023 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG